

PRESSE - INFORMATION vom 14.01.2013

**Arbeitgeberverband Minden-Lübbecke e.V.
(AGV) zur Lage in der heimischen Wirtschaft**

Der Arbeitgeberverband Minden-Lübbecke e. V. (AGV) vertritt als Stimme der Arbeitgeber in der Wirtschafts- und Innovationsregion Minden-Lübbecke 178 Unternehmen mit über 27.500 Arbeitsplätzen und annähernd 1.500 Ausbildungsplätzen aus den Branchen Industrie, Dienstleistung, Handel und Handwerk.

Die Kernkompetenz des AGV liegt in der umfassenden arbeits-, sozial- und tarifrechtlichen Beratung und Prozessvertretung der angeschlossenen Mitgliedsunternehmen. Hinzu kommen Beratungs- und Informationsdienstleistungen in allen Fragen der Arbeitsorganisation und der Arbeitswirtschaft.

Als Interessenvertretung setzt sich der AGV zudem für arbeitgeberseitige Positionen in der Öffentlichkeit sowie für eine Optimierung der Standortbedingungen ein.

Wie jedes Jahr erfolgte auch im Dezember 2012 eine Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen im Hinblick auf das ablaufende Jahr sowie die Aussichten für das kommende Jahr.

Stimmungslage zum Jahreswechsel/Rückblick auf 2012:

„Abkühlende Zufriedenheit“

Zum Jahreswechsel 2012/2013 waren die heimischen Unternehmen mit der wirtschaftlichen Situation überwiegend noch zufrieden. So schätzten im Dezember 2012 30% der befragten Unternehmen ihre aktuelle Lage als „gut“ ein (dies waren im Vorjahr noch 41% und im Dezember 2010 noch 50%) und 61% bezeichneten ihre Lage als „befriedigend“ (Vorjahr 51%). Wie im Vorjahr auch bezeichneten 9% ihre derzeitige Geschäftslage als „schlecht“.

[Übersicht 1] und [Übersicht 15]

Die Ertragssituation bezüglich in einer Rückschau auf das Jahr 2012 wurde von 18% (Vorjahr: 22%) als „gut“, von 64% als „befriedigend“ und von immerhin 18% (Vorjahr: 17%) als „schlecht“ bezeichnet. *[Übersicht 2]*

Weiterhin ist deutlich klarzustellen, dass es noch immer Unternehmen in der Region gibt, die das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht haben. So befinden sich auch weiterhin einige Unternehmen der Region in der Kurzarbeit.

Erwartungen für das Jahr 2013:

„Weiterhin Skepsis“

Für das neue Jahr 2013 sind die heimischen Unternehmen nur bedingt zuversichtlich. So erwarten aktuell immerhin noch 15% der Mitgliedsunternehmen eine bessere Entwicklung als im Vorjahr 2012; 73% hoffen auf eine zumindest stabile Entwicklung. Jedes sechste Unternehmen (12%) erwartet dagegen eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. *[Übersicht 3] und [Übersicht 16]*

Arbeitsmarkt 2012: „Aufschwung hat Arbeitsmarkt erfasst – zahlreiche Arbeitsplätze in der Region geschaffen“

Der starke Aufschwung aus den letzten Jahren hat den regionalen Arbeitsmarkt voll erfasst: Nachdem bereits in den letzten beiden Vorjahren für 2010 und 2011 mehr Arbeitgeber einen Beschäftigungsaufbau als Beschäftigungsabbau gemeldet hatten, wurde dieser Wert in der diesjährigen Umfrage nochmals fast auf diesem hohen Niveau bestätigt: bei 40% unserer Mitgliedsunternehmen (Vorjahr: 49%) hat die Zahl der Mitarbeiter/innen abermals zugenommen. Allerdings erfolgte auch bei einem Fünftel 21% (Vorjahr: 19%) ein Personalabbau. Bei 39% ist die Mitarbeiterzahl konstant geblieben. *[Übersicht 4] und [Übersicht 17]*

Ausblick auf Arbeitsmarkt 2013: „Beschäftigung pendelt sich auf dem hohen Niveau ein“

Die Beschäftigungssituation im Mühlenkreis pendelt sich auf dem hohen Niveau ein: 24% (Vorjahr 2012: 22%) der Unternehmen planen, dass das Personal weiter aufgestockt wird. 21% (Vorjahr: 22%) planen einen Personalabbau (das waren in 2011 nur 11%). 55% der Unternehmen planen mit einer gleichbleibenden Beschäftigung (Vorjahr 57%).

[Übersicht 5] und [Übersicht 18]

Diese nach wie vor positive Situation auf dem Arbeitsmarkt wird weiterhin dazu führen, dass sich die schon bestehenden Engpässe bei der Gewinnung von Fachkräften weiter verschärfen werden.

Ausbildungsplätze 2012: „Abermals positive Zunahme“

Von der noch immer positiven konjunkturellen Entwicklung konnte auch weiterhin der Ausbildungsmarkt profitieren. Die Ergebnisse unserer Umfrage zeigen, dass die Unternehmen nachhaltig in die Fachkräftesicherung investiert haben.

So haben 35% (Vorjahr: 26%) der Unternehmen vermehrt Ausbildungsplätze bereitgestellt – bei 61% ist die Zahl gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben; nur 4% der Unternehmen haben die Ausbildung zurückgefahren.

[Übersicht 6] und [Übersicht 19]

Die Zahl der von der Wirtschaft in der Region zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze ist im Jahr 2012 auf ein Zehn-Jahres-Hoch gestiegen.

Ausblick Ausbildungsplätze 2013:

„Doppelten Abitur-Jahrgang nutzen!“

Für das neue Jahr 2013 signalisieren 65% der befragten Unternehmen eine Beibehaltung der bestehenden Ausbildungskapazitäten. 31% (Vorjahr: 18%) wollen zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, während nur 4% der Ausbildungsbetriebe planen, zukünftig weniger auszubilden.

[Übersicht 7] und [Übersicht 20]

Die Unternehmen sehen hier insbesondere in Anbetracht des in 2013 kommenden „doppelten Abitur-Jahrgangs“ die Chance, den zukünftigen, durch die demografische Entwicklung unausweichlichen Fachkräftemangel abzudecken oder zumindest abzumildern, in dem für das Jahr 2013 zusätzliche Ausbildungsplätze eingerichtet wurden.

Schwierigkeiten bei der Besetzung von freien Arbeits- und Ausbildungsplätzen: „überwiegend problematisch“

Auf die Frage, ob die Unternehmen Schwierigkeiten bei der Besetzung von freien Stellen haben, antworteten 52% mit „Ja“ (Vorjahr: 43%) und 48% (Vorjahr: 53%) mit „Nein“.

[Übersicht 8]

Von diesen 52% beklagten 46% die nicht ausreichende Anzahl an geeigneten Bewerbungen, 35% die fehlende Qualifikation und 19% haben Probleme damit, Bewerber in die Region Minden-Lübbecke zu holen. *[Übersicht 9]*

Geplante Investitionen:

„Ganz überwiegend in der Region Minden-Lübbecke“

Für 2013 planen die Arbeitgeber weiterhin steigende (30%) oder zumindest gleichbleibende (43%) Investitionen - 21% der Unternehmen planen geringere und nur 6% gar keine Investitionen. *[Übersicht 10]*

Soweit investiert wird, geschieht dies ganz überwiegend in der Region Minden-Lübbecke (91%). Darüberhinaus in Deutschland (6%) bzw. im Ausland (3%). *[Übersicht 11]*

Berücksichtigung von wirtschaftlichen Belangen in der Politik: „Verbessertes Zeugnis durch die Arbeitgeber“

Bei der Frage, ob unsere Mitgliedsunternehmen die wirtschaftlichen Belange – insbesondere des Mittelstandes – in der Politik ausreichend berücksichtigt sehen, antworteten in Bezug auf die Bundespolitik 25%, in Bezug auf die

Landespolitik immerhin 41% und in Bezug auf die Kommunalpolitik 28% mit „eher nicht“. Im Umkehrschluss

fühlen sich – zumindest teilweise – 75% von der Bundespolitik, 59 % von der Landespolitik und 72 % von der jeweiligen Kommunalpolitik im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Belange ausreichend berücksichtigt.

[Übersichten 12 - 14]

Diese Frage hatten wir Ende 2011 erstmals an unsere Mitgliedsunternehmen gestellt – vor einem Jahr war mit „Negativ“-Werten („nein“ und „eher nicht“) von insgesamt 59% in Bezug auf die Bundespolitik, von 52% in Bezug auf die Landespolitik und 37% in Bezug auf die Kommunalpolitik eine ganz erhebliche Politikverdrossenheit bei den Arbeitgebern festgestellt worden, die sich nun bei unseren Mitgliedsunternehmen erheblich verbessert hat.

Insbesondere im Bereich der regionalen Kommunalpolitik wird damit offensichtlich honoriert, dass es dort gerade im Jahr 2012 verstärkte Aktivitäten gab, zum regelmäßigen informellen Austausch mit der hiesigen Wirtschaft zu kommen; beispielsweise genannt seien hier nur der Wirtschaftskreis in Lübbecke, Unternehmertreffen und Gestaltungs-Workshops in Minden sowie die gemeinsam mit den Unternehmen auf den Weg gebrachte Neukonzeptionierung der StepOne-Ausbildungsmesse in Bad Oeynhausen.

Während die hiesigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf Bundesebene mit dem Kurs der Kanzlerin Angela Merkel in der Euro-Krise übereinstimmen und z. B. die Anfang Dezember 2012 beschlossene Verlängerung des Kurzarbeitergeldes von 6 auf zwölf Monate honorieren,

fehlen aus Unternehmenssicht in Bezug auf die rot-grüne Landesregierung offenbar die Anknüpfungspunkte.

Da der einzelne Arbeitgeber regelmäßig nicht den Zugang zu den politischen Ebenen hat, sehen wir hier als Verband eine besondere Aufgabe, auch in Zukunft weiterhin verstärkt den Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern wahrzunehmen, um dort über wirtschaftliche Mittelstandsfragen zu diskutieren und arbeitgeberseitige Positionen zu formulieren.

Fazit: „Weiterhin verhaltene Zuversicht“

Die heimische Wirtschaft hat das Jahr 2012 überwiegend gut gemeistert. Es gibt aber noch immer Unternehmen in der Region, die das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht haben. Die Stimmung ist nach wie vor im Grundsatz positiv und die meisten Arbeitgeber blicken weiterhin mit Berechtigung zuversichtlich in die Zukunft. Insbesondere wurde auch das Jahr 2012 – wie schon 2010 und 2011 – nachhaltig dazu genutzt, um das durch die Krise im Jahr 2009 verlorengegangene Eigenkapital wieder aufzufüllen und um gezielte Zukunfts-Investitionen – vornehmlich hier in der Region - zum Erhalt und Ausbau der hier vorhandenen Arbeitsplätze vorzunehmen. Im Jahr 2012 waren in Deutschland und auch im Kreis Minden-Lübbecke so viele Menschen erwerbstätig wie noch nie zuvor.

Wir gehen davon aus, dass es ein weiteres moderates Wachstum unserer heimischen Wirtschaft geben wird. Ungeachtet der grundsätzlich positiven Umfrageergebnisse bleibt allerdings das Umfeld in 2013 schwierig: die Euro-Krise, die Energiewende sowie die Verteuerung der Rohstoffkosten sorgen weiterhin für Verunsicherung.

Die Schuldenkrise in Europa bleibt nach wie vor eine der größten konjunkturellen Risikofaktoren. Der EU-Binnenmarkt ist und bleibt unser Heimatmarkt und damit extrem wichtig. Die gemeinsame Währung ist ein unverzichtbares Bindeglied, so dass ein Zerbrechen des Euro für die deutsche Wirtschaft katastrophale Folgen hätte. Wir brauchen deshalb dringend auf europäischer Basis eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitik - verbunden mit strengen Sparauflagen für die Mitgliedsstaaten, die über ihre Verhältnisse gelebt haben.

Insbesondere wünschen wir uns auf europäischer Ebene weniger Einflussnahme: Konkret haben wir wenig Verständnis für die von der EU-Kommission vorgeschlagene Richtlinie, mit der Aktiengesellschaften zur Einführung einer Frauenquote in deren Vorständen und Aufsichtsräten gezwungen werden sollen. Diese Richtlinie würde massiv in bestehende Grundrechte eingreifen und gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen. Darüber hinaus würde das EU-Recht zur Durchsetzung einer politischen Ideologie instrumentalisiert werden.

Von der Politik fordern wir als Interessenvertretung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Wirtschaftsregion Minden-Lübbecke ein noch stärkeres Engagement im Hinblick auf unternehmerische Belange – insbesondere an Fragestellungen aus dem Mittelstand, der nach wie vor das Rückgrat der unternehmerischen Betätigung in Deutschland bildet. Gleichzeitig bieten wir hiermit ausdrücklich den politischen Entscheidern den Dialog und Austausch mit der heimischen Wirtschaft über unseren Verband an.

Es bleibt zu hoffen, dass trotz Bundestagswahlkampf kein Entscheidungsstillstand eintritt und die für unsere Wirtschaft erforderlichen Entscheidungen zeitnah getroffen werden.

Zudem appellieren wir dafür, dass die Politik die Forderungen nach hohen Tarifabschlüssen nicht unnötig verstärkt. Sämtliche Tarifverhandlungen müssen – wie verfassungsrechtlich vorgesehen - alleinige Angelegenheit der Tarifparteien bleiben. Bereits im Jahr 2012 haben sich die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich verbessert. Der Konsum hängt in Deutschland – und auch in unserer Region - vor allem davon ab, dass die Menschen wissen: „Mein Arbeitsplatz ist sicher“. Deshalb lautet unsere Empfehlung, bei den kommenden Tarifrunden mit Augenmaß vorzugehen, um die Stärke unseres Standortes nicht zu gefährden.